

Paul J. J. Welfens



Trump global

Struktureller US-Populismus
und Wirtschaftskonflikte mit Europa
und Asien

SACHBUCH

 Springer

Trump global

„Paul Welfens hat ein wichtiges und aktuelles Buch über die Folgen der Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten Trump für die amerikanische, europäische und asiatische Wirtschaft geschrieben. Es bietet reiche Informationen über die Wurzeln des amerikanischen und europäischen Populismus und seine Gefahren für unsere politische Stabilität und unseren wirtschaftlichen Wohlstand. Seine Kritik an der fiskalischen und internationalen Handelspolitik von Trump und ihrer schwachen intellektuellen Basis verdient die Aufmerksamkeit der US-amerikanischen und europäischen Leser gleichermaßen“.

—Richard H. Tilly (Professor em.), *Westfälische Wilhelms-Universität Münster*

„Mit Donald Trump im Weißen Haus fragt sich die Welt, wie ist das passiert und was bedeutet das für uns? In diesem fesselnden, eindringlichen und zeitgemäßen Buch antwortet Paul Welfens mit nachdenklichen, gut begründeten und überzeugenden Einsichten. Dieses Buch ist in der Lage zu erklären und zu analysieren, was sich sowohl Wissenschaftlern als auch Meinungsführern in Wirtschaft und Medien entzogen hat – wie und warum der Populismus in den Mittelpunkt gerückt ist –, und stellt neue Strategien dar für politische und wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand in dieser neuen Ära der Trump-Regierung. Das Buch ist nicht nur ein ‚Muss‘ für alle, die sich für zeitgenössische globale Angelegenheiten interessieren, es ist auch spannend und ein Vergnügen zu lesen.“

—David B. Audretsch, Distinguished Professor, *Indiana University, Bloomington*

„Paul Welfens hat eine sehr einfühlsame und zeitlich sehr passende Analyse des US-Wirtschaftspopulismus in der Ära Trump erstellt und die internationalen Implikationen herausgestellt. Er betont die strukturellen Fehlentwicklungen des US-Wirtschaftssystems bei der Aufgabe, die steigende Ungleichheit zu begrenzen – im Vergleich zum relativen Erfolg europäischer sozialdemokratisch-liberaler Systeme; und er betont, dass der US-Populismus daher voraussichtlich in den kommenden Jahren fortbestehen wird. Mit großem Analysegeschick und einsichtsvoll stellt Welfens die Implikationen des US-Populismus für das globale Wirtschaftssystem dar und für die geopolitischen und ökonomischen Entscheidungsalternativen.“

—Jeffrey Sachs, *Universitätsprofessor an der Columbia University, New York*

„Wie Europa auf die US-seitigen Provokationen und erratisches Entscheidungsverhalten von US-Präsident Trump reagiert, wird seinen Platz in der Welt und insbesondere in der globalen Geopolitik für die künftigen Jahre bestimmen. In diesem aktuellen Buch bietet Paul Welfens sowohl wertvolle Einsichten in die US-Politik als auch eine Beschreibung der strategischen Optionen für Europa auf dem Weg nach vorn.“

—Prof. Dr. Barry Eichengreen, *UC California, Berkeley*

Paul J. J. Welfens

Trump global

Struktureller US-Populismus
und Wirtschaftskonflikte mit
Europa und Asien

 Springer

Paul J. J. Welfens
Europäisches Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW)
an der Bergischen Universität Wuppertal
Wuppertal, Deutschland

Dieses Buch ist 2019 bei Palgrave Macmillan in englischer Sprache unter dem Titel „The Global Trump. Structural US Populism and Economic Conflicts with Europe and Asia“ erschienen

ISBN 978-3-658-30157-6 ISBN 978-3-658-30158-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-30158-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Aus deutscher und europäischer Sicht gibt es seit vielen Jahrzehnten ein großes Interesse an der westlichen Führungsmacht, den Vereinigten Staaten, und damit auch am jeweiligen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Mit dem US-Präsidenten Donald Trump ist erstmals nach 1945 ein Populist – auf dem politischen Ticket der Republikanischen Partei – an die Macht gekommen. Bei Trump, mit seiner Präsidentschaft angetreten im Januar 2017, ist die traditionelle US-Führungsrolle im Westen gleich im vierten Amtsjahr seiner Präsidentschaft kaum noch sichtbar. Die Corona-Weltrezession findet statt, wie sie im bisherigen US-Politikansatz bei Außenpolitik und internationaler Wirtschaftspolitik eigentlich nicht vorgesehen ist: ohne Führungsrolle der Vereinigten Staaten. Möglicherweise ist nach der Trump-Präsidentschaft die Fähigkeit der USA zu internationaler Führung auf viele Jahre beschädigt, weil die inneren Voraussetzungen – ein breiter Politikkonsens in Kernfeldern – nicht länger in der Bevölkerung besteht. Durch den eigenartigen, egozentrischen und polarisierenden Politikstil von Donald Trump ist der Basiskonsens in den USA deutlich beschädigt worden, was für die Vereinigten Staaten wohl mittelfristig auf ein neuartiges Verfassungsproblem hinauslaufen könnte. Die großen Einkommensunterschiede in den Vereinigten Staaten sind über zwei Jahrzehnte zu einem zunehmenden Problem aus Sicht der US-Gesellschaft geworden, wobei die relativen Einkommensverluste der ärmeren Schichten in vielen Regionen und Städten der Vereinigten Staaten sichtbare soziale Probleme geschaffen haben. Die Transatlantische Bankenkrise von 2008/2009 hat zu neuen Problemen beigetragen – in den USA wie in Europa. Allerdings ist der internationale Wirtschaftsaufschwung in der Dekade nach 2009 durch den Corona-Schock in den USA abrupt gestoppt worden.

Die Corona-Weltwirtschaftskrise 2020 hat zudem eine besondere Herausforderung für die Gesundheitssysteme in den USA, Europa, Asien und weltweit geschaffen: Hier gibt es ein neues sichtbares Feld der Systemkonkurrenz, auf dem die Vereinigten Staaten etwa im Vergleich zu Deutschland relativ schlecht abschneiden; im Vergleich zur EU ist die US-Vergleichsposition weniger schlecht. Allerdings ist Westeuropa wiederum in Sachen EU durch Politik- und Integrationsschwächen bei der Bekämpfung der Corona-Rezession aufgefallen. Und von Kooperation EU-USA ist fast gar nichts im Frühjahr 2020 zu sehen gewesen (s. Welfens 2020a, c, d).

Es gibt eine lange Europa-USA-Geschichte, die nicht nur auf den Auswanderungswellen aus West- und Osteuropa im 19. Jahrhundert beruht, sondern auf Millionen von wissenschaftlichen, wirtschaftlichen sowie politischen Kontakten: Transatlantischer Austausch auf ökonomischer und intellektueller Ebene ist im privaten und öffentlichen Bereich über Jahrzehnte ein Pfeiler der USA-Europa-Kooperation gewesen. Es mag nach 1945 über sechs Jahrzehnte gelegentlich erhebliche transatlantische Unterschiede gegeben haben – auch in der wirtschaftspolitischen Einschätzung internationaler Herausforderungen: etwa in den 1970er-Jahren unter Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Bundesrepublik Deutschland. Grundsätzlich gab es insbesondere in Westdeutschland eine erhebliche Sympathie für die USA, die sicherlich auch auf die Befreiung vom Nazi-Regime am Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Marshall-Hilfsplan sowie der US-Musik- und Filmkultur aufbaute. Letztere war sicher auch in der DDR Basis für ein positives US-Interesse in Teilen der Bevölkerung.

Eine positive Einstellung in Deutschland und Westeuropa zu den USA war über Jahrzehnte ziemlich unabhängig von der jeweiligen parteipolitischen Farbe des US-Präsidenten, ob also ein Präsident Angehöriger der Demokraten oder der Republikaner war. Mit Präsident Trump ist die Situation in den USA neu. Donald Trump setzt in der Wirtschafts- und Außenpolitik deutlich andere Akzente als seine Vorgänger im Amt. Er gilt als sprunghaft und viele seiner Aussagen passen nicht zu den Jahrzehnten deutsch-amerikanischer Kooperation, die durchaus auch Phasen wenig ausgeprägter politischer gegenseitiger Wertschätzung kannte.

Seit 2017 werden die USA von Präsident Donald Trump regiert, der Westen ist seither in dauernder Veränderung, die alten Beziehungsnetzwerke werden instabil. Mit der Corona-Weltwirtschaftskrise 2020 liegt nach 1945 eine erste internationale Rezession vor, in der keine Führungsrolle der USA im Westen sichtbar ist. Die von Trump gesäte innere Uneinigkeit und politische Polarisierung dürfte auf Jahre hinaus die internen Voraussetzungen für internationale Führung – außer wohl im NATO-Bereich – untergraben haben.

Die Coronavirus-Gesundheitssystemkrise zeigt zudem sichtbar die Schwächen des Gesundheitssystems der USA auf, die seit vielen Jahren ernster Natur sind: mit einer Ausgabenquote, die viel höher als in Deutschland und Frankreich ist, während die Lebenserwartung niedriger und die Säuglingssterblichkeit in den USA höher ist.

Der Präsidentschaftskandidat der traditionellen Freihandelspartei der Republikaner hat 2016 die Wahlen überraschend gewonnen und dann tatsächlich eine neuartige aggressive Handelspolitik aufgesetzt: mit hohen Zollsätzen gegenüber dem neuen globalen Rivalen China, aber auch mit Importzöllen gegenüber verbündeten Ländern in der NATO. In der NATO wiederum will Präsident Trump andere Grundsätze durchsetzen als bisher: Die EU-Länder, allen voran auch Deutschland und Italien, sollen wesentlich höhere Verteidigungsausgabenquoten erreichen.

Mit einem zeitweisen Anstieg des Wirtschaftswachstums 2017–2019 und einem starken Anstieg der Aktienkurse in diesem Zeitraum sah der populistische Präsident Trump schon fast wie der sichere Wahlsieger für 2020 aus. Aber die internationale Coronavirus-Epidemie, die zum Bewährungstest von Gesundheits- und Wirtschaftssystemen in allen Ländern der Welt wird, hat auch die USA mit großer Wucht getroffen: mit vielen Millionen Infektionsfällen, hohen Todesfallzahlen und massiven ökonomischen Einbrüchen bei Produktion, Beschäftigung und Aktienkursniveau. Es gibt auf neue Art eine transatlantische Systemkonkurrenz und letztlich auch eine des Westens gegenüber China.

In Washington DC hat Präsident Trump die meisten hohen Berater der Obama-Administration gehen lassen. Ein offenbar vergessener Bereich aus Trump-Sicht ist die Epidemiepolitik: US-Präsident Trump, erkennbar wenig der Wissenschaft zugeneigt, kann bei der Corona-Krise gar nicht anders, als seinen medizinisch-wissenschaftlichen Top-Beratern zu vertrauen; mit zwei Top-Beratern, die aus der Obama-Administration stammen. Dass Trump gelegentlich wenig Vernünftiges zur Corona-Herausforderung über die Medien von sich gibt, stört offenbar einen Teil der Wählerschaft nicht. Aber die Corona-Thematik ist wohl für die US-Wählerschaft am Ende zu ernst, als dass man leichtfertige, widersprüchliche TV- und Twitter-Formulierungen des Präsidenten lange wird einfach ignorieren wollen. Allerdings scharft sich die US-Bürgerschaft als erste Reaktion auf den Coronavirus-Schock um den Präsidenten, wie in allen großen Krisen. Das sollte nicht ablenken vom Gesamtkontext der Trump-Präsidentschaft: wie er überraschend zur Macht gelangte und welche nationale und internationale Politik er betrieben hat. Sein nationalistisches „America First“ aus dem Wahlkampfjahr 2016 und seiner Präsidentschaft bis 2020 klang wie eine Absage an internationale Solidarität und

globale Kooperation. Aber nicht nur bei der Bekämpfung der Corona-Welt-epidemie klingt dieses „America First“ nicht nach einem brauchbaren Politikmotto einer globalen Führungsmacht. Tatsächlich ist die USA im Jahr 2020 hier wenig sichtbar und vermutlich ist es gerade die zu späte Reaktion bei der Corona-Bekämpfung, die Trump mit einer so schweren internen US-Problemsituation konfrontiert, dass für internationale Führungsarbeit kaum noch eine Basis besteht.

Mit Trump ist ein populistischer Präsident zur Macht gelangt – Nr. 5 unter den bisherigen 45 Präsidenten – und der Kampf um seine Wiederwahl mobilisiert die US-Öffentlichkeit und Teile der Weltöffentlichkeit im Jahr 2020 deutlich. Durch die Corona-Krise hat sich indes ein wichtiges neues Element in den Wahlkampf 2020 hineingeschoben, das zunächst die Wiederwahlausichten von Trump schwächt. Denn das anfängliche Krisenmanagement des Weißen Hauses in der Corona-Krise im Frühjahr 2020 war schwach und bei einer potenziell lebensbedrohlichen Seuche könnten die digitalen Kommunikationsbeeinflussungsversuche von Donald Trump auch bei breiten Schichten in den USA wenig verfangen, solange die US-Gesundheitspolitik nicht klare (relative) Erfolge vorzuweisen hat.

Für die Bundesrepublik Deutschland und andere Länder in Westeuropa waren die USA über Jahrzehnte große Schutzmacht, Haupthandelspartner, Quelle von Direktinvestitionen und wichtiger Bündnisakteur in vielen internationalen Organisationen. Allerdings ist der neue US-Präsident Trump seit seinem Amtsantritt 2017 fast monatlich dabei, weltweit Handelskonflikte zu schüren und wichtige internationale Organisationen zu schwächen. Die von Trump verbreitete Sicht, die USA seien ein Verlierer der Globalisierung, ist ökonomisch gesehen unhaltbar, da die Vereinigten Staaten sowohl im Außenhandel als auch via internationalem Kapitalverkehr – inklusive Direktinvestitionen von US-Multis im Ausland – und wegen des Dollars als internationale Reservewährung tatsächlich besonders profitieren. Wenn man anmerken wollte, dass die ökonomische Vorherrschaftsposition der USA nicht mehr global unumstritten ist, so wäre das zunächst einfach eine mit Bezug auf den rasanten Aufstieg Chinas getroffene Feststellung. Allerdings haben die USA und auch die EU in den ersten vier Jahrzehnten seit der Öffnung Chinas zum Westen – im Jahr 1978 – profitable und nützliche Wirtschaftsbeziehungen mit dem großen Land entwickelt, dessen Firmen allerdings auch auf viele Weltmärkte als Exporteur vorgestoßen sind.

Sicherlich sind einige Wirtschaftssektoren in den USA, darunter ein Teil der US-Industrie, als Verlierer des globalen Strukturwandels anzusehen; und zugleich gibt es die großen Gewinnersektoren – und Gewinnerberufe – der Globalisierung der Wirtschaft, über die Trump kaum spricht. Die wachsende

ökonomische Ungleichheit in den USA kann man als ernstes Problem ansehen und mit der Zeit wird es bei der Einkommensverteilung kaum besser werden. In diesem Kontext möchte ich mit Blick auf die Ist-Situation auf die wichtigen Erkenntnisse der Umfrageergebnisse von Arvid Lindh und Leslie McCall für die USA hinweisen, über die ich auf einer UN-Konferenz 2018 (12.–13. September, expert group meeting of the United Nations Department of Economic and Social Affairs, UN, New York) zum Thema Ungleichheit in der Weltwirtschaft erstmals hörte. Wie das Buch zeigt, haben die USA seit einigen Jahrzehnten einen zunehmenden Problemdruck in Sachen Einkommensungleichheit, die von einer großen Mehrheit der US-Bürgerschaft als unfair beklagt wird (Lindh und McCall 2018). Donald Trump hat im Wahlkampf 2016 immer wieder auf die Probleme der ärmeren Schichten hingewiesen, er sprach über die „forgotten men and women“, die vergessenen Männer und Frauen, denen er helfen wolle. Mit seiner Steuerreform zugunsten der sehr Wohlhabenden im Jahr 2017 hat er diesem Ziel eher nicht gedient. Aber Trumps Anhängerschaft ist zum Teil wohl von Trumps Wunschen und seiner Twitter-Rhetorik angezogen. Es gibt aber, so zeigt sich, bei der US-Wählerschaft nicht immer eine vernünftige Einschätzung zu Möglichkeiten, wie Ungleichheiten der Markteinkommen korrigieren könnte. Das ist, wie man in Kanada und den EU-Ländern sieht, durchaus möglich – in den USA allerdings gibt es eine gefährliche Vorstellungsblokade bei der Wählerschaft, die auf einen strukturellen US-Populismus hinausläuft: Für eine Gruppe von Superreichen wird es demnach fast immer möglich sein, durch Versprechungen die frustrierte ärmere Wählermehrheit weitgehend für sich zu gewinnen. Das kann für die USA auf einige Tendenzen zu einem deutlich veränderten Politiksystem mit sonderbaren populistischen Elementen hinauslaufen. Einstweilen kann man sich kaum vorstellen, dass eine solche Entwicklung in einem historisch so freiheitsliebenden Land wie den Vereinigten Staaten entstehen könnte. Die BREXIT-Erfahrung zeigt indes, dass man selbst im als pragmatisch geltenden Vereinigten Königreich nicht wirklich viel für unmöglich halten sollte (dass der BREXIT auf Basis eines nicht ordnungsgemäßen Referendums erfolgt – bei 52,1 % Pro-EU als normalem Ergebnis laut Simulation mit einer Standard-UK-Popularitätsfunktion bei normalem Infostand der Wählerschaft –, habe ich im Buch *BREXIT aus Versehen* gezeigt (Welfens 2017a, 2018b)).

Hätte man eine wenig höhere Sozialausgabenquote in den USA, so wäre ein Teil der hohen Einkommensungleichheit korrigiert. Aber gerade vor höheren Sozialausgaben warnte der geschickte Vorurteilkombinierer Trump im Wahlkampf 2016: Der größte Teil der Sozialausgaben ginge doch ohnehin an die viel zu große Zahl armer Einwanderer, sagte Trump, und führte in Sachen

Fakten die Wählerschaft an der Nase herum. Dass im Einwandererland USA mit Antizuwandererrhetorik für Trump Punkte im Wahlkampf zu machen waren, mag erstaunen. Aber im Westen insgesamt ist die Stimmung seit etwa 2013 eher gegen Zuwanderer gerichtet und in Großbritannien hat Ministerpräsident Cameron von 2013 bis 2016 eine Antizuwandererkampagne geführt, die letztlich EU-Einwanderer zum Sündenbock für seine eigene Fehlpolitik machte (s. Welfens 2018b): Cameron hatte nach der Bankenkrise 2008/2009 eine sehr hohe staatliche Defizitquote von gut 10 % und senkte dann, um diese zu kürzen, die nationalen Budgettransfers an britische Kommunen binnen fünf Jahren um enorme fünf Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts; das führte zu einer Verknappung öffentlicher Dienste in Städten und Gemeinden. Den Unmut der Bürgerschaft über diese Zustände lenkte Cameron mit seiner Rhetorik auf die „zu vielen Einwanderer“; Premier May folgte in ihrem BREXIT-Weißpapier einem ähnlichen Argumentationsmuster. Man sollte sich klar machen, dass sich große Teile des Westens durch die Abfolge von zwei bzw. drei Krisen binnen zwölf Jahren enorm verändern: Transatlantische Bankenkrise plus Corona-Krise sind Basis für das Wachsen neuer Vorurteile und eines neuen Nationalismus in vielen Ländern, wozu in der EU noch die Eurokrise 2010–2014 (plus der Schock der Flüchtlingswelle 2015) hinzukommen.

Trump hat neben der Steuer- und Sozialpolitik vor allem das Feld der Handelspolitik, wo er durch Widersprüche auffällt. Dass die USA immer wieder eine stark negative Handelsbilanz haben, von Trump ewig beklagt, liegt vor allem an der Wirtschaftspolitik von Trump selbst: Statt die inländische Sparquote zu erhöhen, hat Trump Staats- und Militärausgaben, privaten Konsum und die privaten Investitionen hochgeschraubt. Die Nettogüterexporte (Handelsbilanzsaldo) gehen bei gegebener inländischer Produktion dann unvermeidlich nach unten. Sich dann über ein steigendes, zu großes Handels- und Leistungsbilanzdefizit zu beklagen, ist Trump-Chuzpe; und durch Wiederholung via Twitter wird es argumentativ nicht besser. Dabei nutzt Präsident Trump Twitter-Kommunikation (er hatte Anfang 2020 rund 95 Mio. Follower), um spontane und emotionalisierende „Nachrichten“ an die nationale und internationale Öffentlichkeit zu richten; und gezielt auch an seine Anhänger. Allerdings hat Trump mit seinem Ausgabenfokus auf höhere öffentliche Investitionsausgaben einen durchaus vernünftigen Aufgabenbereich der Wirtschaftspolitik markiert. Vernachlässigung von Infrastrukturausgaben lässt sich im Übrigen auch in Westeuropa vielfach beobachten.

Die alte, über 60-jährige Kooperation der Vereinigten Staaten mit Westeuropa ist mit Präsident Trump zu Ende gegangen und der Multilateralismus, also die Rolle internationaler Organisationen, ist deutlich vermindert. Ein

globales, über Jahrzehnte gewachsenes Politiksystem ist aus dem Gleichgewicht geraten, und Trumps USA sind ein Treiber zur Beendigung der alten institutionellen Gleichgewichte. Bisher haben etwa die Welthandelsorganisation und der Internationale Währungsfonds (IWF; auf Englisch: IMF) jeweils für sich sowie beide in Kooperation eine Rolle für die Sicherung von Handel und Wohlstand aller Mitgliedsländer. Die Welthandelsorganisation sichert den globalen Freihandel; die Finanzierung des Handels und von nationalen Handelsbilanzdefiziten (sowie Korrekturmaßnahmen bei Leistungsbilanzdefiziten) wird in Krisenphasen vom IWF gesichert. Der legt zudem jährlich eine Analyse der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik jedes IWF-Landes vor: Es gibt einen Beobachtungsbericht unter der Überschrift „Article IV Reports“ sowie seit der Asienkrise 1997/1998 auch sogenannten FSAP-Berichte zu den Banken-, Versicherungs- und Finanzmarktrisiken. So sind gemeinsame Bezugspunkte und in etwa gleiche Standards für fast alle Länder entstanden. Es gibt durchaus Schwachpunkte auch in der Arbeit des IWF und der Welthandelsorganisation, aber ersetzbar sind diese globalen Organisationen nicht.

Sollte Trump die Welthandelsorganisation dauerhaft stilllegen, dann wird auch der IWF geschwächt. Dann werden viel mehr Länder, vor allem große Länder, eigene Freiheitsgrade für Politikexperimente nutzen; vor allem für populistische Experimente, die von Wunschdenken und Emotionen, von wenig Expertenwissen, geprägt sein werden. Unvorhersehbarkeit, politische Willkür großer Länder wird dann für die Weltwirtschaft zum Problem. Die Hauptexportüberschussländer, also etwa Deutschland, China, Japan, die Schweiz und viele OPEC-Länder, werden ganz neuen Problemen gegenüberstehen.

Jahrelange Trump-Konflikte mit China und den europäischen Verbündeten in Sachen Handelsbeziehungen zeigen an, dass auch das Politiksystem der USA selbst nach einem neuen Gleichgewicht sucht. Das traditionelle Gleichgewicht – hier die Demokraten, die in Sachen Freihandel eher zögerlich sind, dort die Republikaner mit ihrer Einstellung pro Freihandel – gilt nicht mehr. Auch die Kommunikationskanäle im alten Politiksystem ändern sich rasend schnell: Unter Trump spielt das Internet eine noch größere Rolle als unter Präsident Obama. Der populistische US-Präsident führt kommunikationspolitisch eine Art Twitter-Herrschaftssystem und setzt erkennbar stärker als frühere Präsidenten darauf, Emotionen und Vorurteile bei der Wählerschaft zu mobilisieren. Das ist typisch populistisch und natürlich hilft es eher wenig bei rationalen Lösungsansätzen wirtschaftspolitischer Probleme. Relativ spontan kommentiert Trump alle möglichen nationalen und internationalen Politikentwicklungen über seine Twitter-Nachrichten, alte überlegte und langwierige Diplomatsprache ist unter Trump in den USA ein sehr knappes

Gut geworden. Ob das Vorteile für die USA und den Westen bringt, ist unklar; und ist offenbar eher zweifelhaft.

Donald Trump steht für einen der wenigen Populisten unter US-Präsidenten. Auf den ersten Blick ist er eine Art weitere Ausnahme in der US-Geschichte, er könnte allerdings auch für eine Art neue schwierige und riskante US-Politik tendenz im 21. Jahrhundert stehen; für eine Populismusneigung, die sich von den USA ausgehend über Lateinamerika und den Westen sowie Teile Asiens verbreitet: unter dem Motto Neonationalismus, gegen illegale und legale Einwanderung, für Protektionismus bzw. ein harte und kurzfristige Verteidigung eigener Interessen in der Handelspolitik. Die Großmacht USA unter Trump scheint allen kleinen Ländern der Welt zeigen zu wollen, wie viele zusätzliche Zugeständnisse bei handelspolitischen Verhandlungen etwa zugunsten der Vereinigten Staaten herausgeholt werden können.

Nachdem die USA von China erste Zugeständnisse Ende 2019 erhalten hatten, könnte 2020 die EU – vor allem auch Deutschland mit großem Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA – ins Visier der erstarkten Vereinigten Staaten geraten: Ab Februar 2020, wenn das bisherige globale ökonomische Zwischengleichgewicht USA=EU=China sich zulasten der durch den BREXIT deutlich verkleinerten EU verschlechtert. Die Nationaleinkommen der drei genannten Länder (bei EU bzw. der relevanten Eurozone ist das Wort Land hier symbolisch gemeint) waren 2019 noch etwa gleich groß, wenn man Kaufkraftparitäten berücksichtigt. Aber 2020 wird die EU fast ein Fünftel des Nationaleinkommens und 12 % der Bürger gegenüber 2019 durch den britischen EU-Austritt verloren haben. Großbritannien unter Premier Boris Johnson könnte eine Art US-Vasall werden, was das ökonomische US-Gewicht global erhöhen könnte. Johnson braucht ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA und Donald Trump wird dafür Bedingungen stellen und Forderungen an UK formulieren (das „Take Back Control“ wird heißen, keine wesentliche Restintegration mit der EU, aber verstärkte Machtteilung mit den USA; das wird als ernüchternde Realität das eher freihandelsorientierte UK mit den USA unter dem Protektionisten Trump erleben).

Die Wahl des Rechtspopulisten Trump stellt für die USA und den Westen einen historischen Schnitt dar. Die gemeinsamen transatlantischen Wertvorstellungen sind mit Trump nach mehr als einem halben Jahrhundert transatlantischer Kooperation aus EU-Sicht teilweise zusammengebrochen. Allerdings sind Ende 2019 nicht die USA ökonomisch deutlich geschwächt, sondern zunächst die EU, die mit dem großen Johnson-Wahlsieg im Dezember in UK und dem britischen EU-Austritt Ende Januar 2020 eine historische Schwächung erleidet – unerwartet und ohne erkennbares politisches Risikomanagement traf der BREXIT Brüssel, Paris, Rom und Berlin. Über die Qua-

lität westeuropäischer Politik kann man also besorgt sein und das geringe Engagement der deutschen Bundesregierung in Sachen EU-Integration und EU-Reformen ist gegen eigene Interessen der Menschen in Deutschland gerichtet. Deutschlands Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 in Verbindung mit der Corona-Weltrezession zwingt die Bundesregierung immerhin dazu, zu versuchen, neue Stabilisierungskonzepte mitzuentwickeln – in einer ökonomisch schwierigen Situation in Teilen der EU, die mit Blick auf Italien durchaus das Risiko eines baldigen Referendums über einen ITALEXIT, den EU-Austritt Italiens, enthält.

Präsident Trump setzt im Übrigen auf aggressive Zollpolitik und andere politische Hebel, um große Teile der Industrie in Deutschland und Frankreich faktisch zu zwingen, mehr in den USA via Tochterfirmen zu produzieren. Das bedeutet mehr Jobs für die Vereinigten Staaten, weniger Jobs und weniger Wachstum in Deutschland, das wie andere EU-Länder – Ausnahme vor allem ist Frankreich – mit der Alterung seiner Erwerbsbevölkerung ökonomisch neue Probleme und ab 2025 verschärfte Alt-Jung-Verteilungskonflikte in der Politik haben wird. Eine rasch alternde Bevölkerung heißt verlangsamtes Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum in Deutschland, Italien und Spanien. Eine bis 2030 deutlich steigende Zahl von Rentenbeziehern in Deutschland, bei gleichzeitig erheblich sinkender Arbeitnehmerzahl, bedeutet in der Politik einen verschärften Verteilungskampf zwischen solchen, die mehr Geld ins Rentensystem stecken wollen, und solchen, die mehr Budgetmittel (relativ zum Nationaleinkommen) ins Bildungs- und Weiterbildungssystem investieren möchten. Die Zahl der älteren Wähler, nämlich der Wähler über 45 Jahren – sie alle denken wohl oft ans Rentenalter –, nimmt anteilmäßig zu und die jüngeren Generationen könnten in Sachen Bildungsausgaben zu den Verlierern zählen. Es ist im Übrigen bemerkenswert, dass in UK beim BREXIT-Referendum 2016 die über 45-Jährigen ebenso für die BREXIT-Mehrheit standen wie für eine Mehrheit pro Konservative bei der Dezemberwahl 2019 im Vereinigten Königreich.

Deutschland ist dabei innerhalb der EU ökonomisch und politisch seit 2015 geschwächt; die starke Expansion der rechtspopulistischen AfD in Bund und Ländern bedeutet eine Destabilisierung des Politiksystems. Es ist ein Anti-EU- und ein Antieurosignal aus dem größten Mitgliedsland der EU. Die AfD ist zudem eine Art Fan-Club für große Teile der Trump-Politik und sicherlich Treiber des Populismus in Deutschland – also auch des Nationalismus und eines neuen Protektionismus. Der Anti-EU-Populismus war 2014 bei den Europawahlen schon bemerkenswert stark: UKIP als Anti-EU-Partei holte die relative Mehrheit der Stimmen im Vereinigten Königreich, wofür die methodisch schwachen EU-Umfragesysteme damals ebenso wenig einen

klaren Hinweis gaben wie für die Mehrheit pro EU-Austritt im Frühjahr 2016. Hat die EU die Umfragemethodik verbessert? Nein, es blieb alles unverändert, ohne Kritik – ohne Reformzug. Immerhin, in der Corona-Krise hat in den Umfragen im Frühjahr 2020 der AfD-Wähleranteil mit Blick auf Bundestagswahlchancen deutlich abgenommen.

Wird Trump wiedergewählt, so wird dies das US-Politiksystem weiter verändern; und die weitere Expansion rechtspopulistischer Parteien in Europa und Lateinamerika wird vorangehen mit ernststen Vernetzungsperspektiven bis hin zu einem Regierungspopulismus im Westen auf lange Frist. Der Umbau der Weltwirtschaft hin zu einem neuen Regime, das auf eine Rivalität der Großmächte wie im späten 19. Jahrhundert hinausläuft, ginge mit einer Trump-Wiederwahl und dem populistischen BREXIT-Projekt in UK massiv voran. Dabei wäre dann als ganz neuer Akteur China im Handelskonflikt mit Trump. Die Selbstbehauptung der EU dürfte im 21. Jahrhundert scheitern, wenn die USA sich auf Dauer von der EU-Integration abwenden und die EU selbst ihre Reformhausaufgaben nicht hinbekommt.

Selbst wenn Trump nicht wiedergewählt würde, der US-Populismus als neue Tendenz im Politiksystem wird bleiben: für viele Jahre. Wenn die EU sich nicht besinnt und umfassende Reformen unternimmt und letztlich das eigene Modell der Sozialen Marktwirtschaft Richtung USA und Asien zu exportieren versucht, so wird Westeuropa am Ende in die alten Nationalstaaten wohl neu zerfallen – mit einer Vielzahl als Vasallenstaaten der USA oder, im Fall kleinerer Länder, auch von UK bzw. England (wenn denn das Vereinigte Königreich nach dem BREXIT zerfallen sollte). Mit Blick auf Deutschland und einige andere westeuropäische EU-Länder kann man allerdings gerade mit Blick auf die Herausforderungen durch die weltweite Coronavirus-Epidemie im Jahr 2020 feststellen, dass Teile des europäischen Gesundheits- und Sozialsystems gut funktionieren und vermutlich verstärkt zum transatlantischen Systemwettbewerb beitragen. Das heißt noch nicht, dass die EU oder die Eurozone als stabiles Gebilde angesehen werden können; schon wegen absehbarer großer Herausforderungen in Spanien und vor allem in Italien sowie neuerlich in Griechenland.

Ob die EU um 2030 oder 2040 noch eine wesentliche Rolle in der Weltwirtschaft spielen wird, ist unklar. Weitere Zerfallsprozesse sind mittelfristig denkbar. Von notwendigen Reformen ist die EU weit entfernt. Es mangelt völlig in den EU27-Ländern – so auch in Berlin – an notwendiger Selbstkritik in Sachen BREXIT und bei absehbaren neuen transatlantischen Konflikten, etwa in der Handels- und Klimapolitik, ist die EU nicht stark aufgestellt. Immerhin haben die EU27-Länder im BREXIT-Prozess lange eine gemeinsame Verhandlungslinie halten können; gegenüber den USA wird es aber

EU-seitig viel schwerer werden, Konfliktfelder geschlossen anzugehen, denn die Vereinigten Staaten sind für die Staaten Osteuropas und viele westliche EU-Länder sicherheitspolitisch unabdingbar. Allerdings hat Präsident Trump mit seinen vielen NATO-kritischen Äußerungen auch neue Zweifel über den Wert von US-Schutzgarantien gesät. Die Coronavirus-Seuchenkrise in Europa gibt im Übrigen vielen Regierungen einen Hebel, um die Demokratie über Sondergesetze zur Epidemiebekämpfung zu schwächen und gerade populistische Regierungen in osteuropäischen EU-Ländern sind hier aktiv; sonderbarerweise ohne dass etwa die EU den neuen Gesetzen, beispielsweise in Ungarn, wo eine Art permanenter Ausnahmezustand eingeführt wurde, etwas entgegengesetzt hätte.

Die internen ökonomisch-politischen Schwächen von Ländern wie Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien bedeuten, dass die USA und China diese Probleme erkennen und nutzen werden für eigene Interessenspolitik. Und dass die EU nur mit einer Serie von klugen Reformen eine international einflussreiche Macht bleiben kann. Zu den Schwächen in Deutschland gehören im Übrigen Widersprüche der nationalen Wirtschaftspolitik – etwa, wenn man einen immer umfassenderen Ausbau der Sozialpolitik plus deutlich erhöhte, regional undifferenzierte Mindestlöhne in einigen Parteien will. Das wird den Zuwanderungsdruck aus Osteuropa und auch aus Ländern außerhalb der EU erhöhen. Eine gewisse Zuwanderung aus EU-Ländern kann durchaus im Interesse Deutschlands sein. Aber die EU-Dimension bei der nationalen Wirtschaftspolitik mehr mitzubedenken, ist offenbar wichtig, und auch die Stabilität der EU-Länder gemeinsam zu sichern, kann als dringende Aufgabe gelten. Je schwächer die US-Führung international ist, desto mehr müssten eigentlich die EU-Länder bemüht sein, selbst Führung bei internationalen Wirtschaftskrisen zu leisten. In Berlin sind hierzu kaum Ansätze zu erkennen. Corona-Presskonferenzen mit dem Robert-Koch-Institut (RKI) sind wichtig, aber im RKI wird weder Wirtschafts- noch EU-Integrationspolitik entwickelt. Von verstärkter Kooperation Deutschland-Frankreich in Sachen EU-Reformen ist zudem seit Jahren nichts zu sehen.

Wenn die EU zerfele und der Trumpismus bzw. Populismus sich in den USA und anderen Ländern nachhaltig breitmacht, so wird ein Netz an bilateralisierten Beziehungen – jedes Land verhandelt mit jedem anderen Land – an die Stelle der jetzt in internationalen Organisationen zusammengeschlossenen Ländernetzwerke treten. Bilateralismus ist zum Schaden kleiner Länder, zum Schaden von mehr Wettbewerb bei neuen Ideen und Politikkonzepten (oft von kleinen Ländern innovativ entwickelt) und daher auch zum Schaden des globalen Wirtschaftswachstums. Im verschärften globalen ökonomischen Verteilungskampf wiederum können die besonders großen und mächtigen

Länder, also die USA und China, auf relative Positions- und Einkommensgewinne hoffen. Dass die USA in so einem System ökonomisch besser dastehen sollten als im bisherigen multilateralen System der internationalen Beziehungen, ist allerdings zu bezweifeln. Denn Bilateralismus bringt ein sehr unübersichtliches, tendenziell widersprüchliches und ineffizientes globales System, wobei der Populismus mit seinen Doppelpfeilern Neonationalismus und Protektionismus mit Sicherheit für erhöhte internationale Konfliktintensitäten auf mittlere Sicht sorgt; also auch transatlantische Kooperation beschädigt.

Weitsichtige US-Politikerinnen und -Politiker im Kongress und entsprechende Präsidenten haben nach 1945 den Marshall-Hilfsplan für Europa auf den Weg gebracht, zudem für Westeuropa die handelsförderliche Europäische Zahlungsunion. Erst nachdem der intraeuropäische Handel Mitte der 1950er-Jahre wieder lief, kam es dann zu einem rasch deutlich verstärkten USA-EU-Handelsaustausch. Eine funktionierende EU (1957 noch Europäische Gemeinschaft mit Namen) war aus Sicht einer weitsichtigen US-Politikführung ein strategischer Gewinn, der eine Vorinvestition der USA verlangte, die sich längerfristig für beide Seiten lohnte. Donald Trump mit seinem Satz „America First“ (US-Interessen zuerst) hätte sicher keinen Marshall-Plan und keine Europäische Zahlungsunion auf den Weg gebracht – kurzfristiger Egoismus wäre Trumps Devise wohl gewesen; und das zum Nachteil der USA. Wer wird von Donald Trump nachhaltig kluge Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik als US-Präsident seit 2017 erwarten wollen?

Wenn es nach Trump geht, so werden sich Deutschland und die EU künftig viel mehr als noch bei Präsident Obama um eigene Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen kümmern müssen, da die USA künftig weniger die Rolle eines Weltpolizisten will – das ist aus Trumps Sicht zu teuer. Eine Interpretationsmöglichkeit ist, dass die vielen Interventionen der USA in arabischen Ländern kostspielig für den Staatshaushalt und unergiebig für die US-Außenpolitik sowie die regionale Stabilität waren. Dass die Welt ohne US-Weltpolizisten sicherer wäre, erscheint allerdings nicht als sehr wahrscheinlich.

Zudem will Trump mehr Handelszugeständnisse von den EU-Ländern haben und schließlich sollen alle Verbündetenländer mehr US-Flüssiggas und mehr US-Waffen kaufen. Dem Trump-Motto „USA zuerst“ entspricht hier ein neuer Ansatz, auch verbündeten Ländern im Westen und in Asien mit Importzöllen zu drohen und das strukturelle US-Handelsbilanzdefizit mit politischen Interventionen mittelfristig anzugehen: faktisch auch mit veränderter Militär- und Außenpolitik. Das ist zwar kein adäquater Ansatz der Wirtschaftspolitik, aber für einige Jahre können sich die USA zunächst so wohl durchmogeln und auch ein positives Wachstum sicherstellen. Erst län-

gerfristig wird man sehen, dass aufgeschobene Problemlösungen bedeuten, dass die Kosten einer späteren Problemlösung unnötig hoch werden. Ob Trump dann noch im Amt sein wird, werden die Wahlen Ende 2020 in den USA zeigen. Seine Wiederwahlchancen schienen zu Jahresbeginn 2020 relativ gut zu sein.

Die USA sehen sich unter Trump offiziell weiterhin als Land mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und Konsumniveau, das deutlich über den Werten west- und nordeuropäischer Länder liegt. Das ist allerdings ein Trump'scher Selbstbetrug, für den Präsident Trump auch noch Expertenhilfe ersucht hat, wie man zeigen kann. Die Wirtschaftsexperten von Präsident Trump legten zum Vergleich USA und skandinavische Länder 2018 einen Bericht zum Vergleich der kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Einkommen vor, der den US-Vorsprung bekräftigt: Der Bericht des Council of Economic Advisers sollte wohl für die Zwischenwahlen beim Kongress Stimmung gegen die Demokraten machen, da im Bericht die sozialistischen Problemländer Kuba plus Venezuela kritisch dargestellt werden und die europäischen Wohlfahrtsstaaten in Skandinavien offenbar auch als US-ferne quasisozialistische Wirtschaftssysteme mit Einkommensrückstand gegenüber den Vereinigten Staaten präsentiert werden. Der Berichtsteil zum Lebensstandard in Skandinavien ist bemerkenswert, aber vor allem ist er methodisch falsch. Dass man aus Washington DC, aus den Amtsstuben des US-Präsidenten grob fehlerhafte Wirtschaftsanalysen vorgelegt bekommt, ist aus Sicht europäischer und asiatischer Länder ein eher seltenes Problem – es zeigt einen Qualitätsverlust der US-Wirtschaftspolitik, der eine Ausnahme einerseits und eine Schwächung der USA andererseits ist.

Was in Deutschland und Frankreich sowie den USA nicht bekannt ist, wird in diesem Buch erstmals aufgezeigt: Nimmt man langfristig gleich hohe reale Wachstumsraten der Nationaleinkommen auf beiden Seiten des Atlantiks an (eine recht plausible Annahme) und korrigiert man den Konsum um Gesundheitsausgabenverzerrungen und beachtet man den Freizeitvorteil der Nordeuropäer, so ist das Lebens-Pro-Kopf-Konsumniveau Norwegens höher und das Niveau der skandinavischen Länder ähnlich hoch wie in den Vereinigten Staaten. Betrachtet man das effektive Lebenszeiteinkommen, so sind die Werte für Deutschland und Frankreich gleich hoch wie in den USA. Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist ökonomisch so erfolgreich wie das System der USA, obendrein ist in Deutschland die Säuglingssterblichkeit geringer als in den Vereinigten Staaten. Es wäre aus deutscher und französischer Sicht daher sehr angebracht, das Wirtschaftssystem Soziale Marktwirtschaft als Erfolgsmodell zu betonen und international zu exportieren. Ein Teil der Parteien in Deutschland nimmt hingegen häufig eine Jammerperspektive ein, für die es statistisch keine Basis gibt; angeblich nehme die Ungleichheit in

Deutschland immer weiter zu und immer mehr Umverteilung durch den Staat sei nötig. In Sachen wachsende Altersarmut, die stark an der steigenden Lebenserwartung hängt, heißt eine sinnvolle Politikantwort aus ökonomischer Sicht in einer alternden Gesellschaft vor allem: späterer Rentenbeginn, Teilzeitarbeit als Option in der Rentenzeit. Wenn mancher Kolumnist gern betont, dass eine Mehrheit der Befragten sagt, dass das Risiko eines ökonomischen Abstiegs in Deutschland gegenüber früheren Generationen zugenommen hat, so kann man kritisch anmerken: Es fehlt die Frage, ob die Aufstiegschancen eines Arbeiterkindes heute als höher eingeschätzt werden als in früheren Generationen – und auch hier gibt es eine klare Mehrheit. Beide Fragen und Antworten gehören zusammen – was als Gesamtbild ergibt: Deutschland im frühen 21. Jahrhundert ist eine offene Gesellschaft. Tatsächlich gilt das für Deutschland und die skandinavischen Länder mehr als für UK und die USA, wo eben jüngere Generationen nicht mehr ohne Weiteres an große Aufstiegsmöglichkeiten glauben.

Zu den interessanten Befunden eines transatlantischen Lebensstandardvergleichs im Buch gehört, dass mit Gesundheitsausgaben von etwa 12 % des Bruttoinlandsprodukts in Westeuropa Krankenversicherung für alle und damit hohe Lebenserwartungen möglich sind. Hingegen werden in den USA 18 % für Gesundheit ausgegeben – dabei ist rund ein Zehntel der Bevölkerung ohne Krankenversicherung, trotz der Obama-Reformen zum Ausbau dieser Versicherung. Präsident Trump hat versucht, die Krankenversicherung zurückzubauen, was eine Erhöhung ökonomischer Existenzrisiken für Millionen US-Bürger und -Bürgerinnen bedeutet. Das größte Risiko für eine US-Mittelstandsfamilie in Armut zu stürzen ergibt sich, wenn ein Familienmitglied unter 65 Jahren ernsthaft erkrankt ist. Die Lebenserwartung weißer US-amerikanischer Industriearbeitnehmer sinkt, was für westliche Industrieländer eine Ausnahme ist. Natürlich können EU-Länder in der Innovationspolitik und einigen anderen Bereichen von den USA lernen, aber diese wiederum könnte im Bereich der Gesundheitspolitik von Westeuropa lernen.

Ob die Vereinigten Staaten in der Lage sind, langfristige Reformen im Gesundheitssystem umzusetzen? Ob umgekehrt die EU und die Eurozone in der Lage sind, mit dem Corona-Doppelschock vernünftig fertig zu werden: mit durchdachten neuen Ansätzen zum Politikmix bei der Geld- und Fiskalpolitik, die unvermeidbar auch das ideologisch gerade in Deutschland aufgelaufene Thema Eurobonds auf die Agenda bringt. Mit dem BREXIT ist die EU bzw. der Westen schon geschwächt; mit dem US-Populismus und Teilen der Trump-Politik gilt das für den Westen obendrein – bei einer zerfallenden EU wäre der Westen in seiner traditionellen globalen Führungsposition rasch an einem dunklen Ende. Dabei hat die EU nun binnen 12 Jahren drei Schocks

zu verkraften: Die in den USA und Großbritannien durch Fehlregulierung der Finanzmärkte verursachte Transatlantische Bankenkrise, die Eurokrise 2010–2015 (im engeren Sinn: 2010–2012) und nun die Corona-Krise 2020, bei der im Gesundheitssystem Deutschland und einige andere EU-Länder besser als die USA dastehen, aber in Sachen Rezessionsüberwindung könnte die Eurozone gerade wegen der Blockadepolitik Deutschlands hinter die Vereinigten Staaten zurückfallen. Dass Präsident Trump die EU-Integration als erster US-Präsident nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr unterstützt, ist ein wichtiger Aspekt, wichtiger aber noch ist, was die EU-Länder selbst zu Wege bringen – oder eben auch nicht. Die Merkel-Regierung führt seit der Flüchtlingswelle 2015 und der teilweise sonderbaren Politik eine politisch tendenziell instabile Herrschaft, die in der Corona-Krise sich mit Pluspunkten bei Meinungsumfragen zu befestigen scheint; aber zu den historischen EU-Herausforderungen, der Notwendigkeit einer Eurozonenvertiefung gibt es keine Ansätze.

Beide, sowohl die USA als auch die westlichen EU-Länder, könnten von der Gesundheitsversicherung in Singapur einiges lernen – dort beträgt die Lebenserwartung 82 Jahre und die Gesundheitsausgabenquote liegt unter 10 %. Nicht nur im Gesundheitssystem ist eine Triadeanalyse EU-USA-Asien sinnvoll, wie sich zeigen wird; und es ist bemerkenswert, dass innerhalb Asiens schon so viele erfolgreiche Wirtschaftsmodelle auf marktwirtschaftlicher Basis bestehen, dass der Westen in einigen Feldern mit etwas gutem Willen – und weniger Arroganz als bisher – von bestimmten Ländern in Asien wirtschaftspolitisch lernen könnte. Ob und inwieweit wiederum Asiens Länder und die USA von der EU bzw. den kontinentaleuropäischen Ländern (etwa im Bereich der Klimapolitik) lernen kann und will, wird zu prüfen sein.

Die EU und die Eurozone haben ein großes ökonomisch-politisches Potenzial, das weiter zu entwickeln höchste Zeit ist: im Zeitalter des US-Populismus. Es ist klar, dass die Trump-Administration unter anderem mit ihrer aggressiven Handelspolitik Instabilitäten in vielen Regionen der Welt verursacht. In der neuen Weltwirtschaft mit ihren Verflechtungen USA-China-EU werden auf den ersten Blick bilaterale Konflikte – etwa USA-China – immer auch Europa negativ betreffen. Noch sind sowohl die EU als auch China interessiert, die Rolle internationaler Organisationen im globalen Wirtschaftsleben zu stärken – die USA unter Präsident Trump offenbar eher nicht. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ohne internationale Organisationen in der Zwischenkriegszeit 1918–1938 haben Regelungslücken gelassen und zahlreiche gefährliche internationale Konfliktlinien zugelassen sowie nützliche Kooperationsoptionen beiseite fallen lassen. Eine Rückkehr in eine Art

Zwischenkriegszeit des 19. Jahrhunderts oder einen globalen Wettlauf von Großmächten wird man sicher nicht als im Interesse westeuropäischer Bürgerinnen und Bürger – ja der Menschen weltweit – einstufen können. Der US-Populismus ist allerdings in der Tat eine Kraft, die den Westen unterminiert und längerfristige destruktive internationale Impulse setzt. Wie man dem entgegenwirken könnte, zeigt die vorgelegte Studie. Sie ist zugleich eine Einladung an die Bürgerinnen und Bürger im Westen und auch in Asien, Lateinamerika und Afrika, über institutionelle Weichenstellungen für globale Stabilität und Prosperität neu nachzudenken und zu diskutieren. Es sei betont, dass eine Schwäche der EU gerade auch in Brüssel vorzufinden ist, nämlich ein Mangel an realistischer Politeinschätzung einerseits und ein zu wenig an selbstkritischer Reflexion andererseits. Trump und andere Mächtige könnten bei Fortdauer dieser strukturellen EU-Schwächen die Macht der EU schon bald massiv zurückdrängen – und der europäischen Sozialen Marktwirtschaft dann im Weiteren den Garaus machen wollen.

Aus dem Kampf der Systeme Kapitalismus gegen Kommunismus im Kalten Krieg ist im frühen 21. Jahrhundert ein Wettbewerb der Marktwirtschaftstypen in der Globalisierung geworden; dabei gibt es auch eine Systemkonkurrenz EU gegenüber USA und UK. Dass Länder in der Eurozone bzw. der EU neben Stärken auch gewichtige Schwächen haben, ist nicht zu übersehen; allerdings gilt für die Systemkonkurrenz wie für Wahlen – man kann auch gewinnen, wenn man nicht der Stärkere ist. China und viele Länder Asiens und Lateinamerikas sowie Afrikas schauen auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Politiksysteme in der EU und den USA; dass die EU-Institutionen, von Rat über Parlament bis zur Kommission hier große Verantwortung tragen, versteht sich. Immerhin hat die EU im Bereich der Klimapolitik mit dem CO₂-Zertifikatehandelssystem einen Vorsprung vor den USA erarbeitet, der beim globalisierten Systemwettbewerb hilfreich sein kann. Dass China 2020 ein nationales CO₂-Zertifikatehandelssystem eingeführt hat, ist ein Pluspunkt für die EU; dass Trump die Klimapolitikherausforderungen nicht ernst nimmt, erscheint vorläufig als ein Schwachpunkt der USA. Die Treiber des US-Populismus gilt es dabei zu verstehen, auch die möglicherweise wichtige Rolle des Internets. Schon die erste Trump-Administration war eine historische Zäsur. Die Hintergrunddynamik zu verstehen lernen, ist ein wichtiges Anliegen, ebenso die richtigen Schlüsse aus der Analyse zu ziehen.

Die Präsidentschaftswahlen in der führenden Volkswirtschaft des Westens, den Vereinigten Staaten, finden immer große Beachtung: Von internationalen Marktteilnehmern, den Regierungen der (insbesondere Partner-)Länder sowie den Bürgern auf der ganzen Welt – mit Präsident Donald Trump war die globale Aufmerksamkeit offensichtlich sehr hoch. Sein politischer Sieg im

Jahr 2016 kam überraschend und seine neue Wirtschaftspolitik, zu der auch die Schwächung der transatlantischen Zusammenarbeit und die Zollkonflikte USA-China und USA-EU gehören, markiert ein neues Kapitel in der modernen Wirtschaftsgeschichte.

Trumps überraschender Sieg muss erklärt werden, und es stellt sich auch die entscheidende Frage, ob Trumpismus (wie die aktuelle Phase des US-Populismus hier genannt wird) ein vorübergehendes Phänomen oder eine längerfristige Herausforderung ist. Diese Studie zeigt, dass es gute Gründe gibt, zu erwarten, dass der Populismus ein strukturelles Problem für die USA ist, das noch lange nach der Trump-Präsidentschaft anhalten kann, und deshalb sind US-Nationalismus und Protektionismus neue Problemgebiete für Europa, Asien und die anderen Regionen der Weltwirtschaft. Trumps Wirtschaftspolitik ist ein ziemlich neuer und teilweise widersprüchlicher Mix aus politischen Maßnahmen, einschließlich Einfuhrzöllen, der die Frage aufwirft, wie nachhaltig und erfolgreich sein Ansatz sein wird. Trumps politische Vision ist eine, die die Vereinigten Staaten zurück in die gute alte historische Zeit führen will, als die amerikanische Fertigungsindustrie noch der Motor des US-Wachstums war – Stahl und Kohle waren immer noch wichtige Wirtschaftszweige. Diese rückblickende Perspektive unterscheidet sich nicht wesentlich von der BREXIT-Mehrheit beim britischen EU-Referendum 2016: Eine eher vage Rhetorik konzentrierte sich darauf, die Kontrolle zurückzuerobern und gleichzeitig die reale Welt mit ihren neuen Herausforderungen zu ignorieren, die vom Klimawandel über den Aufstieg Chinas bis hin zur Dynamik der Globalisierung reichen. In Deutschland werden die Globalisierer wiederum auch von der populistischen rechtsgerichteten *Alternative für Deutschland* angegangen. Vielen Menschen ist unklar, wie stark der moderne Wohlstand auf internationalem Handel, einem internationalisierten Hochschulsystem, Investitionen von Multis im Ausland und einer stabilisierenden Rolle internationaler Organisationen beruht. Hierbei sind gegenseitige Abhängigkeiten entstanden und ein verminderter Einfluss des Nationalstaats, allerdings auch zeitweise steigende Einkommensunterschiede: nicht so sehr zwischen Ländern – die verringern sich seit der Öffnung Chinas zum Weltmarkt, sondern innerhalb fast jeden Landes.

Die historischen Ursprünge des Transformationsprozesses, auf den unter dem Stichwort Globalisierung Bezug genommen wird, liegen zum einen im Jahr 1860 mit der Unterzeichnung des Cobden-Chevalier-Handelsvertrags zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich, einem Schritt in Richtung Freihandel, der andere Länder ermutigte, rasch zu folgen – mit positiven Realeinkommenseffekten für so viele – und zum anderen mit der ersten Gruppe von internationalen Organisationen, die im Zeitraum 1865–1899

gegründet wurden, von der Internationalen Telegrafunion und der Weltpostunion bis zur Internationalen Telekommunikationsunion (um den modernen Namen zu verwenden) bis hin zum Internationalen Gerichtshof. Unter Präsident Trump hat die Trump-Administration 2018 mitgeteilt, dass die Vereinigten Staaten die Weltpostunion verlassen wollen. Der seltsame Grund für einen solchen Schritt ist China und Trump behauptet, dass die USA ungerecht behandelt werden; die USA argumentieren, dass China zu günstig behandelt wird, da es immer noch den Status eines Entwicklungslandes hat, das es sicherlich nicht mehr ist. Warum aber nicht versuchen, den Konflikt im Rahmen dieser Organisation zu lösen? Müssen die Beschwerden der USA wirklich dazu führen, dass eine so langjährige internationale Organisation verlassen wird? Die Transpazifik-Partnerschaft (TPP) von 2015 war bereit, für zwölf Länder in Kraft zu treten. Aber die USA unter der Trump-Administration sagten in einem ziemlich späten Stadium nein und so haben nur elf Länder TPP gestartet. Viele tausend Wissenschaftler von amerikanischen, europäischen, asiatischen, australischen und anderen Universitäten haben sorgfältig Beweise für die globale Erwärmung gesammelt, so sicher wie die Gletscher in der Schweiz seit mehr als einem Jahrhundert schmelzen, wie alte und neue Postkarten zeigen. Die Klimapolitik von Präsident Trump argumentiert jedoch, dass führende Politiker und Regierungen der Welt solche wissenschaftlichen Analysen ignorieren können. Die Päpste, die Kopernikus und Galileo Galilei ignorierten, hatten eine ähnliche (letztlich falsch platzierte) Wahrnehmung, wie fast jeder heute versteht, dass die Erde nicht das Zentrum ist, um das die Sonne kreist, sondern der Planet Erde tatsächlich um die Sonne kreist; und dass die Erde nicht flach ist (es ist jedoch erwähnenswert, dass die Flat Earth Society etwa 34.000 Anhänger auf Facebook hat).

Trumps Administration ignoriert die moderne Wirtschaft und sicherlich den internationalen Konsens in der Klimapolitik weitgehend: Eine angemessene Politik erfordert eine globale Zusammenarbeit zwischen großen und kleinen Ländern, und das ist nicht das, was der Präsident einer Supermacht hören möchte; es ist sicherlich nicht der Ansatz, den Präsident Trump mit seiner bekannten America-First-Politik und seiner Betonung des Bilateralismus – seiner Abneigung gegenüber internationalen Organisationen – verfolgen will.

Diese Studie argumentiert, dass sich die USA in der Tat in einer strukturell populistischen Phase befinden, die in erster Linie auf eine enorme Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichheit über Jahrzehnte und – das ist überraschend – eine relative Wählermehrheit zurückzuführen ist, die der Ansicht ist, dass die ungerecht hohe Ungleichheit in den USA von großen Unternehmen korrigiert werden sollte, was wenig mehr als Wunschdenken ist. Obwohl die

Umfragen nach den Halbzeitwahlen 2018 darauf hindeuteten, dass Krankenversicherung und Einwanderung die beiden wichtigsten Themen für die US-Wähler waren, war dies ein irreführendes Bild. Die breite Besorgnis über die hohe Ungleichheit in den USA hat sich zwar nicht als aktuelles politisches Thema erwiesen. Aber der Hauptgrund dafür ist nicht, dass es in großen Gesellschaftsschichten keine breite Besorgnis darüber gibt. Das Paradoxon besteht einfach darin, dass die US-Wähler Ungleichheit, insbesondere Einkommensungleichheit, weitgehend nicht als Herausforderung für das politische System betrachten. Aus europäischer Sicht ist dies eine ungewöhnliche Position, da man meistens der Ansicht ist, dass ein hohes Maß an Ungleichheit von der Politik bzw. von wirtschaftspolitischen Interventionen korrigiert werden sollte: Eine Anpassung des wirtschaftlichen Rahmens – zum Beispiel die Schaffung strengerer Wettbewerbsregeln – oder ein politisches Eingreifen durch Steuerpolitik oder andere Maßnahmen würde von der Regierung in Betracht gezogen. Können die USA einige Elemente der europäischen Sozialen Marktwirtschaften aufgreifen? Wird die EU stark genug sein, dass die Ideen der EU27 die Länder in Asien, Nordamerika und anderswo inspirieren könnten? Womöglich ist das eine Debatte, die man erst nach dem Corona-Schock-Jahr 2020 in den USA breiter führen wird, nachdem zumindest im Vorwahlkampf der Demokratischen Partei im ersten Quartal 2020 auch sozialpolitische Fragen eine recht prominente Rolle spielten.

Die USA am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts sind von einer solchen europäischen Perspektive weit entfernt, und es ist schwer vorstellbar, dass die Marktkräfte zu einer Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichheit in den USA führen würden. Vielmehr wird die wirtschaftliche Dynamik, wie die vorliegende Studie zeigt, in eine Richtung gehen, die die Ungleichheit in den USA noch weiter verstärken wird: Das Ergebnis wird eine breite Frustration der unteren Hälfte der Einkommensbezieher und damit einer knappen Mehrheit der Wähler sein, was wiederum Chancen für zukünftige populistische Präsidenten eröffnet, die große Versprechungen machen können und die ein Talent für mutige Ankündigungen haben, aber langfristig nicht viel leisten. Die politische Ökonomie der digitalen neuen Welt ist so gestaltet, dass großzügige Versprechungen in grober und einfacher Sprache und die Konzentration auf Headline-Grabbing-Projekte für politische Newcomer eher einfach ist. Denn die (Grenz-)Kosten für die Veröffentlichung neuer politischer Botschaften in der Internetwirtschaft sind extrem niedrig. Radikalere politische Schlagzeilen erzeugen höhere Rankings, mehr Aufmerksamkeit und ziehen damit mehr Anhänger in den digitalen sozialen Netzwerken an als eine nüchterne, solide wissenschaftliche Analyse. Das ist übrigens

teilweise auch eine Erklärung für die seltsame BREXIT-Mehrheit im Vereinigten Königreich (über die ich im Buch *An Accidental BREXIT* (2017c), geschrieben habe). Was den politischen Ansatz der USA gegenüber der Globalisierung betrifft, so hat der Aufstieg Chinas vermutlich diese Chance weniger attraktiv gemacht, und diese neue Unklarheit könnte sich auf die internationale Wirtschaftspolitik für viele Jahre auswirken.

Was die Handelspolitik von Trump betrifft, so stellt das Buch neue Argumente vor, warum die Vorteile für die USA kurzfristig recht bescheiden sein werden, nämlich indem sowohl der Handel als auch die Aspekte der ausländischen Direktinvestitionen betrachtet werden. Ein modifizierter partieller Gleichgewichtsansatz wirft bereits Zweifel an der oft geäußerten Behauptung auf, dass die US-Importzölle auf chinesische Waren große Vorteile bringen, und ein verfeinertes neues Wachstumsmodell – dargestellt im Anhang 3 – deutet eindeutig darauf hin, dass die langfristigen Auswirkungen der US-Importzölle für die USA negativ sein werden. Dieser Anhang schlägt auch einige neue analytische Kapitalmarktperspektiven vor, die auf einem BREXIT-bezogenen Kapitalmarktforschungsprojekt basieren (das von der Deutschen Bundesbank gefördert wurde, wobei die Ergebnisse hauptsächlich in einer Sonderausgabe der Zeitschrift *International Economics and Economic Policy*, Februar 2019, veröffentlicht wurden), das mit seiner Event-Methodik leicht auf die Handelspolitik von Trump anwendbar ist.

Entgegen aller Erwartungen wurde Donald Trump, ein New Yorker Geschäftsmann aus dem nicht handelbaren Sektor, der Bauindustrie, 2016 Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, und 2018 war seine Ansicht über die mittelfristigen Wahlergebnisse, dass er der Partei zu einem großen politischen Sieg verholfen hatte; ein Argument, das nicht ganz überzeugend ist, wenn man bedenkt, dass die Demokratische Partei die Mehrheit im Repräsentantenhaus wiedererlangt hat, obwohl die Republikaner Anfang November 2018 ihre Mehrheit im Senat erneut verteidigten.

Die Trump-Administration will eine Art einseitige Führung, die zum Teil auf Amerikas wirtschaftlicher Führungsposition unter den OECD-Ländern basiert; die Fakten sind jedoch nicht sehr günstig für die USA. Ein wesentliches Ergebnis der hier vorgestellten Studie ist, dass sich der lebenslange Pro-Kopf-Verbrauch – ohne Gesundheitsausgaben – in den USA nicht wesentlich von dem in Frankreich oder Deutschland oder sogar im Vereinigten Königreich unterscheidet. Die seltsamen Ineffizienzen des US-Gesundheitssystems führen zu einem viel höheren Anteil des Nationaleinkommens für die Gesundheitsversorgung in den USA als in Westeuropa; und die Lebenserwartung ist in den USA deutlich niedriger als in Westeuropa, während die Kindersterblichkeit in den USA höher ist (wie sich zeigen wird). Wären die letzten

30 Jahre die Referenzlücke für die nächsten 30 Jahre, so beträgt der hypothetische Verlust für die USA in Bezug auf die Bevölkerung, der mit den niedrigeren deutsch-französischen Kindersterblichkeitszahlen erreicht worden wäre, 50 Millionen bis etwa 2048 für die USA. Dies sollte ein starker Anreiz für die US-Regierung und das politische System der USA sein, mehr von Europa zu lernen; aber der Geist der Trump-Administration ist nicht gerade ausgerichtet auf das Lernen. Die EU hat natürlich ihre eigenen Schwachstellen, darunter BREXIT.

Der Vergleich der USA und Europas ist immer interessant und ein sorgfältiger wirtschaftlicher Vergleich zeigt neue Erkenntnisse. Der Unterschied zwischen dem effektiven Pro-Kopf-Einkommen in der EU15 und den USA ist sehr gering, sodass die USA von Europa so viel lernen könnten wie die EU von den Vereinigten Staaten; beide könnten fast immer von der Schweiz – und vielen anderen Ländern auch – lernen. Die Herausforderung der digitalen Ungleichheit ist jedoch eine globale, und man könnte sicherlich versuchen, Lösungen für dieses Problem zu finden. Europa selbst ist teilweise instabil, wie radikale politische Proteste in Frankreich und anderen EU-Ländern vermuten lassen. Darüber hinaus ist Populismus auch in Teilen der EU sichtbar.

Europa – und vor allem die EU – wird sich durch die Politik von BREXIT und Trump in den USA verändern. Die gesamte Weltwirtschaft nach 2025 könnte grundlegend verändert werden: konfliktanfälliger, nationalistischer und mit ähnlichen Strukturen wie die Rivalitäten der Großmächte in den späten 1900er-Jahren.

Was meine eigenen persönlichen Forschungsaufenthalte in den USA betrifft, so gehen diese auf das Jahr 1990 zurück. 1990/1991 genoss ich einen Aufenthalt als McCloy Distinguished Research Fellow am Forschungsinstitut der AICGS/Johns Hopkins University – expansive Reagan-Jahre gehörten der Vergangenheit an, und Präsident George Bush Sr. versuchte, die amerikanische Führungsrolle im Westen zu stärken. Dabei unterstützte er Deutschland auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und beteiligte sich am Ersten Golfkrieg, in dem die US-Truppen vor Bagdad stehen blieben. Die Präsidenten Clinton, George Bush Jr. und Obama folgten – und Trump 2017.

In den USA und Westeuropa finden 2018 vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der New Yorker Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 viele Gespräche statt: Ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Transatlantischen Bankenkrise; und das war drei Jahre nach der Flüchtlingswelle mit Bundeskanzlerin Merkel, eher unverständlich, so schlecht gemanagt und unmittelbar nach den Chemnitzer Vorfällen mit rechtsgerichteten, natio-

nalistischen Demonstrationen – mit dem Regionalpartei­chef der AfD, Björn Höcke, der die Führung übernahm. In der New York Times am 11. September 2018 wurde die Frage nach der Fähigkeit, aus der Geschichte zu lernen, gestellt. Am selben Tag, dem Jahrestag der islamistischen Anschläge vom 11. September auf das World Trade Center, bin ich selbst mit einem Lufthansa-Jet in New York angekommen; schließlich landete die Maschine beim zweiten Versuch, nachdem der erste Versuch abgebrochen wurde; wir wurden von den Besatzungsmitgliedern darüber informiert, dass sich ein anderes Flugzeug auf der Startbahn befand, als unsere Maschine versuchte zu landen. Am nächsten Tag sollte ich Gast bei den Vereinten Nationen sein. Wieder einmal war ich in den Vereinigten Staaten, wo ich seit 1990 regelmäßig als Wissenschaftler bin – vor allem in Washington DC; und in einem Land, dessen freundliche und einladende Menschen in vielen Städten und Staaten ich schätzen gelernt habe. Die Amerikaner sind hilfreich, kinderfreundlich und größtenteils optimistisch und verkörpern die Geschichte der Vereinigten Staaten als großes, offenes und multikulturelles Land. Bei den jüngeren Generationen scheint es jedoch Zweifel zu geben, Zweifel an den Möglichkeiten. Auch Studiengebühren plus Lebenshaltungskosten in Campus-Nähe sind an den guten Universitäten teuer, während die Einstiegsgehälter oft zu niedrig sind; womöglich nur wenn man von einer wenig angesehenen Universität kommt.

Im Lauf der Jahre hatte ich das Vergnügen vieler Forschungsaufenthalte und hielt viele Präsentationen und Vorträge in den USA, am häufigsten in Washington DC, wo ich Anfang der 1990er-Jahre viel Zeit an der AICGS/ Johns Hopkins University verbrachte. In den mehr als zwei Jahrzehnten, die seitdem vergangen sind, bin ich in engem Kontakt mit dieser Institution geblieben; auch zahlreiche Vorträge beim Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank werden gern in Erinnerung behalten. Meine Darlegung bei einem Hearing vor dem US-Senat im Jahr 1990 war ein erster Test für meine Fähigkeit als Wissenschaftler, meine Analysen mit führenden Entscheidern des politischen Systems der USA zu teilen; ich erhielt die Einladung kurz nach der Teilnahme am bekannten Freitags-Lunch in der Brookings Institution, wo ich die Gelegenheit hatte, Kollegen und Vertreter aus dem Bereich der US-Politik zu treffen. Das amerikanische politische System ist nicht immer leicht zu verstehen. Aber es hat sicherlich viele starke Elemente und Institutionen und hat so viele Länder inspiriert, die nach notwendigen Reformen suchen. Seit vielen Jahrzehnten, ja Jahrhunderten profitieren Europäer, die die USA besuchen, ebenso wie Amerikaner, die in Großbritannien oder Kontinentaleuropa arbeiten, stark von der neuen transatlantischen Perspektive.

Der transatlantische Dialog zwischen den USA und Europa sollte verstärkt werden, und eine trilaterale Partnerschaft mit asiatischen Ländern, einschließlich China, sollte sehr nützlich sein (persönlich, ich erinnere mich mit Dankbarkeit an eine Einladung des verstorbenen Helmut Schmidt – ehemaliger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland – vor vielen Jahren, an der Pariser Sitzung des InterAction Council teilzunehmen – einer Gruppe älterer Staatsmänner, die Schlüsselthemen auf informelle Weise diskutieren; das Thema des Workshops war die wirtschaftliche Globalisierung, ein Thema, das mich bis heute interessiert).

Ziel dieses Buchs ist es, den Lesern hoffentlich verständliche neue Einblicke in die US-Politik und die US-Wirtschaft unter Trump zu geben – und die sich verändernden zukünftigen US- und globalen Perspektiven. Darüber hinaus werden die wichtigsten Gründe für den Wahlerfolg von Trump dargelegt und die Auswirkungen der Handelspolitik von Trump auf die EU und die Weltwirtschaft insgesamt sowie die möglichen Reaktionen und deren Auswirkungen auf die USA und wichtige Handelspartner wie China, EU, Deutschland, Kanada, Mexiko und andere diskutiert. Der Titel *Trump global* wurde gewählt, weil die USA als Volkswirtschaft so groß sind, dass jede wichtige wirtschaftspolitische Entscheidung der Trump-Administration – sicherlich im Bereich Handel, ausländische Direktinvestitionen und internationale Organisationen – sehr viele Länder und sogar die ganze Welt betreffen wird. Man sollte auch nicht übersehen, dass der US-Populismus eine globale Reichweite hat, wenn es um die neuen Bemühungen geht, die Ideologie des Trumpismus nach Europa, Lateinamerika und in andere Regionen der Weltwirtschaft zu exportieren.

Die Liberalisierung von Gesellschaften und Volkswirtschaften, die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die internationale Zusammenarbeit – mit Ausnahme des Kalten Krieges und der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion – waren für viele Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs drei Säulen des globalen Wohlstands. Mit Donald Trump könnte diese historische Periode des Fortschritts und des Wohlbefindens vorläufig am Ende sein, während der Präsident eine US-Version des Bonapartismus entwickelt und sich öffentlich darüber beschwert, dass er seine geplante Militärparade in Washington DC wegen hoher Kosten absagen muss. Er kann am 14. Juli wieder nach Paris reisen, um dort die Militärparade mit dem französischen Präsidenten Macron zu besuchen; man fragt sich, ob Trump sich der Bedeutung des Tages bewusst ist, eines Tages der Erinnerung an den Sturm auf die Bastille in Paris 1789, ein Ereignis, das die Französische Revolution ausgelöst hat. Ein schneller Überblick über die wirtschaftliche und politische Geschichte erlaubt sicherlich eine gewisse Relativierung des Trum-

pismus und der jüngsten Handelskonflikte, die der Kandidat der Republikanischen Partei für das Amt des Präsidenten, Donald Trump, verursacht hat – obwohl die Republikanische Partei seit langem für Freihandel und wirtschaftsfreundliche Einstellungen steht.

Dieses Buch bietet neue Erklärungen für den US-Populismus und legt nahe, dass es in den Vereinigten Staaten tatsächlich eine strukturelle Herausforderung gibt, die die USA, Europa und die Weltwirtschaft destabilisieren könnte. Die hierin vorgeschlagenen Reformansätze wären in den Vereinigten Staaten nicht einfach umzusetzen, aber es gibt erwägenswerte Ansatzpunkte, institutionelle Veränderungen einzuführen, die die USA institutionell ein wenig ähnlicher aussehen lassen wie Kanada, Frankreich, Deutschland, die Schweiz oder Österreich. In den USA für eine Reformorientierung an einigen europäischen Elementen des Sozialsystems einzutreten, ist sicherlich ungewöhnlich, es ist dies nicht der Bezug in traditionellen Diskussionen der USA. Klare Argumente können jedoch von jedem vernünftigen Leser bzw. Politiker verstanden werden. Es gibt keinen Grund für die westliche Welt, pessimistisch zu sein, aber die entgleiste Bahn von Trumpismus und BREXIT ist riskant und sollte korrigiert werden, wenn der Westen seine Position in Bezug auf die globale Führung in naher Zukunft behaupten will.

Die zunehmende Ungleichheit in den USA ist teilweise stärker als in Europa, weil die Vereinigten Staaten in der digitalen Wirtschaft weltweit führend sind. Die neue digitale Wirtschaft hat einige Bereiche, in denen Netzwerkeffekte und Größenvorteile sowie Produktdifferenzierung hohe Eintrittsbarrieren und damit hohe Gewinnraten mit sich bringen. Die Digitalisierung und der anhaltende Anstieg des chinesischen Anteils an der Weltwirtschaft – verbunden mit höheren globalen Exporten – sowie die zunehmende Rolle ausländischer Direktinvestitionen (bei niedrigen effektiven Steuersätzen) werden das Ungleichheitsproblem in der westlichen Welt und in den Schwellenländern verstärken. Solange eine relative Mehrheit der US-Wähler erwartet, dass große Unternehmen die Ungleichheit verringern, die das wirtschaftliche Äquivalent zu Science Fiction ist, steht das Problem der Korrektur des US-Wohlfahrtsstaates – d.h. mehr Umverteilung und ein viel effizienteres Gesundheitssystem – nicht einmal auf der politischen Agenda der Vereinigten Staaten. Solange dies der Fall ist, werden der US-Populismus und -Protektionismus recht mächtig sein und könnten Europa, Lateinamerika und Asien politisch infizieren – mit der Folge, dass die internationale Zusammenarbeit und der Multilateralismus stark geschwächt werden, was wiederum den nationalen, regionalen und globalen Wohlstand untergräbt. Diese Studie erklärt diese neuen Risiken und die internationale Dynamik auf eher nichttechnische Weise. Man darf nicht vergessen, dass dieses Szenario globaler Instabilität

nicht so unwahrscheinlich ist; es sollte ausreichen, sich daran zu erinnern, dass die meisten Beobachter nicht mit der Pro-BREXIT-Mehrheit – einem weitgehend populistischen Projekt mit sehr hohen wirtschaftlichen Kosten – oder dem Sieg von Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen 2016 gerechnet haben.

Das Impeachment-Verfahren im Kongress, das die Demokraten im Herbst 2019 gestartet haben, ist im Februar 2020 durch mehrheitlichen Senatsbeschluss beendet worden. Man kann es merkwürdig finden, dass die Verteidiger von Präsident Trump angeführt haben, dass am Ende doch die Wählerinnen und Wähler in der Novemberwahl 2020 das Verhalten von Trump in der Ukraine-Affäre etc. selbst bewerten sollten: Der entscheidende Punkt ist doch wohl der, dass die Ukraine-Affäre gerade für diese Wahlen eine Pro-Trump-Verzerrung bringt; von daher ging es bei der Ukraine-Affäre auch nicht um einen üblichen diplomatischen Deal, sondern offenbar hat Präsident Trump ja die vom Kongress bewilligte US-Militärhilfe bewusst zurückgehalten, damit auf den ukrainischen Präsidenten Druck entsteht, dass dieser gegen den Sohn seines möglichen Rivalen im Präsidentschaftswahlkampf, Joe Biden, ermitteln solle – damit entstände ja durch unnormale außenpolitische Manöver direkt eine Verzerrung der US-Wahlen. Eine Abstimmung der US-Wählerschaft über Trump in verzerrten Wahlen ist aber offensichtlich wenig sinnvoll bzw. sonderbar.

Im Übrigen ist festzustellen, dass die von der Trump-Administration gegenüber China festgelegten Importzölle höher sind, als die sogenannten Optimalzölle (s. Welfens 2020b); ein ähnlicher Politikfehler findet sich auch bei der UK-Regierung gegenüber EU-Importen.

In einer Perspektive der neuen internationalen politischen Ökonomie ist es ziemlich klar, dass der US-Populismus dazu neigen wird, nach Lateinamerika, Asien, Europa und anderswo exportiert zu werden. Ein weiterer globaler Aspekt des US-Trumpismus ist, dass der Handelskonflikt zwischen den USA und China die Stabilität und das Einkommenswachstum in zwei großen Volkswirtschaften untergräbt, was sowohl gegenseitige Auswirkungen als auch negative Auswirkungen auf den Verband südostasiatischer Nationen oder die ASEAN-Länder und die EU sowie andere regionale Integrationsgruppen mit sich bringt. Darüber hinaus ist es offensichtlich, dass die Untergrabung der Welthandelsorganisation und anderer globaler Institutionen durch Präsident Trump die Globalisierung und damit den weltweiten Handel und die Stabilität beeinträchtigen wird. Trumps neue populistische Wirtschaftspolitik wird erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und zwangsläufig negative Auswirkungen auf die USA haben. Es ist ganz offensichtlich, dass eine rein ökonomische Analyse des Trumpismus unzureichend ist, und man könnte